

An die Genossen der Linken

Liebe Freunde,
die hier angesprochenen Punkte sollen nur äußerst knapp dargelegt werden und sind als persönliche Mitteilung zu betrachten.

Die Situation in der Partei, die der Anlass der jüngsten Polemik mit mir war, ist kurz gesagt folgende: Die Internationale und die jetzigen Führer unserer Partei wünschen die infolge unserer Meinungsverschiedenheit bestehende Situation zu beenden und die Partei auf den Boden der Internationale zu führen, was nicht nur aus Disziplin, sondern aus Überzeugung geschehen soll. Dazu sind sie nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet. Nur gebrauchen sie zu diesem Zweck Mittel und Wege, die der Bewegung nicht nützen, sondern ihr schaden. Sie sind sich darüber im Klaren, dass eine erneute Kritik und Diskussion unserer Ansichten – worin uns zugestanden werden müsste, sie zu verteidigen, wobei dann politische Verfälschungen sowie verschiedene Druckmittel, die eine ernsthafte Diskussion auf den Weltkongressen ersetzt haben, nicht mehr erfolgreich sein könnten –, sie der Gefahr aussetzen würde, dass die Mehrheit der Partei bei ihren Ansichten bleibt. Da sie sich offenbar nicht imstande fühlen, sich mit der Polemik, der Kritik und Widerlegung unserer Thesen auseinanderzusetzen oder dies im Sinne der Partei für nicht zweckmäßig halten, andererseits sich aber auch nicht damit abfinden wollen, ihre Forderungen zurückzunehmen, begnügen sie sich mit unserem Gehorsam, unserer disziplinierten Mitarbeit. Der aus dem Stehgreif gefundene Notbehelf ist folgender: Die Diskussion vom Terrain des Politischen und Taktischen auf die Ebene des Persönlichen und der Disziplin zu verlagern, wobei von der Partei erwartet wird, sich nicht nur gegen die linken Positionen auszusprechen, sondern auch die Besetzung der leitenden Posten durch die Führer der Sinistra abzulehnen. Da es formell gesehen natürlich richtig ist, dass sich keiner der Parteiarbeit verweigert und die Minderheit über ihre Ansichten nicht laut redet, kann, da sich der Diskussion über die wirklichen Gründe der Meinungsverschiedenheiten entzogen wird, die Einheit zustande gebracht werden, was seinen Grund zumeist in der gutgläubigen Sympathie der Genossen für die Linke hat. Wenn dieses Vorgehen zu einer allgemeinen Erscheinung wird, würde dies nicht dazu führen, die Linke in die Parteileitung zu berufen, sondern dazu, bei der KI die endlich erreichte Niederlage zu proklamieren und zu rühmen – Niederlage, versteht sich, im Sinne der wahren Partei. Um sich diesen Wunsch zu erfüllen, wurden die jüngsten Regionalkonferenzen organisiert, auf denen ein reichlich merkwürdiges Verfahren praktiziert wurde, das verdient eher als *giolittianisch*¹ denn als diktatorisch bezeichnet zu werden. Mal waren die Versammlungen in der Lage zu politischen Fragen Stellung zu beziehen, dann wieder nicht, je nachdem welche Standpunkte absehbar waren. Wenn es ging, ließ man die Mitglieder zu Gunsten der gegenwärtigen Zentrale abstimmen, in anderen Fällen wurden nur die Leitsätze des V. Kongresses bestätigt, oder man begnügte sich mit dem berühmten „Minimum“, Bordiga zur Mitarbeit in der Zentrale aufzufordern. Wenn, wie auf den wichtigsten Regionalkonferenzen geschehen, die linken Positionen überwogen bzw. die Gelegenheit bestand, ihr Übergewicht sichtbar zu machen, sahen sich die Versammlungen – unter dem Vorwand, die vorgelegten Tagesordnungspunkte trügen rein informativen Charakter – außerstande, über irgendeine Frage zu entscheiden. Die sibyllinische Art und Weise, in der die jeweiligen Rechenschaftsberichte abgefasst wurden, zeigt die Armseligkeit des Spielchens, das vor unseren Augen abläuft und das ich hier kurz skizziert habe.

Die Genossen der Linken legen überhaupt keinen Wert darauf, innerhalb der Partei die Mehrheit zu beanspruchen – zu bedauern sind die Machenschaften nur, weil sie der Partei und ihrer zukünftigen Entwicklung Schaden zufügen.

Wenn wir nicht bewusst auf jede Form von Agitation und selbst schlichter Gegenwehr verzichtet hätten, würden wir, angesichts des Geredes und der Unterstellungen, folgendes sagen:

Es ist sozialdemokratische Demagogie, auf die natürliche Abneigung der Arbeiter gegenüber Spaltungen zu setzen, wobei der Eindruck erweckt wird, die Teilung in verschiedene Strömungen bestünde bloß aufgrund der Haltung einiger Genossen, die leitende Funktionen innehaben bzw. -hatten. Das Bestehen verschiedener Strömungen hat aber weit tiefere Gründe und man müsste ganz andere Wege gehen, um sie zu beseitigen. De facto ist die Partei nicht wirklich kommunistisch, weil nicht wirklich homogen: Die Linke

¹ Giolitti, Giovanni (1842-1928): mehrfach Ministerpräsident, Innenminister und Finanzminister Italiens. Hier im Sinne von: formalistisch und scheinbar kompromissbereit, mit Verfahrenstricks hantierend.

ist überzeugt, dass ihre – übrigens stets zurückgewiesenen – Forderungen zur Taktik und Organisation zu diesem Ergebnis der Homogenität auf nationaler und internationaler Ebene führen könnten. Den Beweis dafür, die wahren Verhältnisse in einer wirklich kommunistischen Organisation zu erfassen, erbringt die Linke gerade dadurch, dass sie ihre Ansichten nicht wie ein verschlissenes Hemd wegwirft, was absurd wäre, sondern dadurch, darauf zu verzichten, leitenden Posten hinterher zu jagen und ihre Führungspersonen anzupreisen, ebenso wie sie ihren Dissens nicht öffentlich hochspielt, der auch nicht im Entferntesten dazu angetan ist, den Interessen der Partei und der KI zuwiderzulaufen.

Jedenfalls schließen die tatsächlichen Fakten weitere disziplinarische und persönliche Ablenkungsmanöver aus. Der V. Kongress und die Kommissionen, einschließlich aller italienischen Delegierten, haben formell und einstimmig beschlossen, die Linke von der Parteileitung auszuschließen. Zwar wurde uns vor der Abstimmung wiederholt angetragen, in die Parteileitung einzutreten, jedoch laut den offiziellen Dokumenten nur unter der ausdrücklichen Bedingung, „*unsere Fehler*“ einzusehen. Es ist offensichtlich, sobald wir zu Zentristen würden, wären wir zusammen mit den Genossen vom Zentrum in der Parteileitung. Aber es stimmt nicht, dass uns die Mehrheit in Aussicht gestellt wurde: uns wurde nur unterbreitet, zusammen mit Zentrumsleuten, Rechten und Terzini in die Exekutive und Zentrale einzutreten, so dass wir „*mit dem Zentrum die Mehrheit*“ hätten. Selbst der Brief der KI erklärt ganz richtig, Zentrum und Rechte seien das Gleiche – womit wir eine kleine Minderheit gegen alle anderen koalierenden Strömungen wären.

Abgesehen von unserer Überzeugung, dass die zentralen Parteiorgane homogen sein und die darin arbeitenden Genossen außerdem die Richtlinien der Internationale aus Überzeugung annehmen müssen (unsere Zentristen bemerken das erst jetzt), ist es auch faktisch so, dass der Weltkongress nicht nur jeden disziplinarischen Zwang ausdrücklich ausgeschlossen hat, der uns verpflichteten würde, leitende Posten anzunehmen, sondern er hat auch den Ausschluss derjenigen aus der Zentrale verfügt, die bei ihren linken Anschauungen bleiben.

Die „Teilnahme Bordigas an der praktischen Arbeit und im ZK“ ist eine Aussage, die nur als polemischer Notbehelf zweckdienlich ist. Man muss sehen, dass im ZK gar keine und in der Exekutive fast gar keine praktische Arbeit machbar ist, sondern nur die unvermeidlichen Streitigkeiten. Die Vorschläge Moskaus erlauben zwar eine Ernennung Bordigas zum Vizepräsidenten der Internationale,² bedeuten aber keine praktische Arbeit in der italienischen Partei. Klar ist: Die Genossen, die uns in der Parteileitung sehen wollen, tun dies, weil sie mit der gegenwärtigen Richtung unzufrieden sind und sie ändern wollen. Aber sie müssen erkennen, vor verschlossenen Türen zu stehen: Konsequenterweise wurde auf dem V. Kongress unser Ausschluss aus der Parteileitung verfügt, denn nachdem die verschiedenen Aktionsprogramme für Italien vorgelegt worden waren, sind unsere Kriterien und Vorschläge durchgefallen, in denen just das enthalten ist, was wir heute vorschlagen müssten, um den Stand der Dinge in der Parteileitung zumindest in den wesentlichen Dingen zu ändern.

Ich muss noch kurz einige Dinge in Erinnerung rufen, die allerdings an der Aufrichtigkeit des Wunsches, mich in der Parteileitung zu sehen, Zweifel aufkommen lassen; vielleicht soll dieser Wunsch auch nur ihre Sorge verbergen, sich nicht die Absicht anmerken zu lassen, die Linke in der Parteimeinung zu desavouieren.

Nachdem ich aus Moskau zurück war, fragte ich vergeblich nach, wie ich über mein Mandat als Parteidelegierter Rechenschaft ablegen sollte. Die Exekutive forderte mich nicht auf, der Zentrale zu berichten: Ich wurde dazu erst aufgefordert, nachdem ein Mitglied des ZK, der Genosse Grieco, der sich gerade in Rom aufhielt, im letzten Augenblick diese Frage aufwarf. Es wurde mir nicht zugestanden, einen schriftlichen Bericht zur Veröffentlichung zu verfassen, so wie viele andere wichtige Dokumente der Linken über den Weltkongress nicht veröffentlicht wurden.

Nicht nur wurde die Zeitung „Prometeo“ plötzlich eingestellt, und zwar unter dem Vorwand, „*sie könnte*

² Kommunisten, „die sich widerspenstig zeigten oder sich sonst wie missliebige machten, wurden in allen Ehren aufgefordert, in die Leitung der Komintern in Moskau einzutreten. Hier konnte man sie unschwer überwachen und von ihren Anhängern zu Hause trennen. In ihren Heimatparteien wurde gegen sie Stimmung gemacht, ihre Gegner und Rivalen wurden ermutigt und gegen sie mobilisiert“. Isaac Deutscher: „Josef Stalin“, 1979, S. 422-23.

zum Zentrum einer Aktivität und Agitation von Seiten der Linken und Bordigas“ werden, man gab mir auch zu verstehen, aus dem gleichen Grund die Herausgabe einer wöchentlichen Parteizeitung in Neapel zu verweigern.

Schließlich will ich noch an die Kampagne erinnern, die gestartet wurde, nachdem ich, nach Wochen des Schweigens, Gelegenheit bekommen hatte, als einfaches Mitglied auf der Regionalkonferenz in Neapel meine Gedanken zu äußern. All diese Ängste und Widerstände machen deutlich, wie heuchlerisch das Bedauern darüber ist, ich wolle nicht mehr in der Partei aktiv sein – was den Genossen auch die Illusionen nehmen müsste, die sie hinsichtlich der Aufforderung zur Mitarbeit hegen.

Das Argument schließlich, in der praktischen Arbeit würde sich schon die Richtigkeit der von der KI gegebenen Richtlinien bestätigen, wir hätten sie nur noch nicht verstanden, weil wir nicht praktisch arbeiten wollten, widerspricht nicht bloß der Tatsache, dass wir mitten in der praktischen Arbeit standen, als der Dissens auftauchte, der uns unserer Posten enthob, sondern auch der Tatsache, dass derzeit alle Genossen der Linken vor allem an der Basis für die Partei arbeiten und ihre rastlose Tätigkeit im Gegensatz zur Laxheit des Zentrums steht. Wenn an dem Argument etwas Wahres dran ist, dann nur, dass es die traurigen Auswirkungen des Funktionärstums und vielleicht auch des Karrierismus³ widerspiegelt, die leider, gemäß der glänzenden Diagnose und Erklärung dieser unseligen Phänomene durch den Genossen Trotzki,³ immer mehr an die Stelle der gesunden revolutionären Tatkraft treten. Kurz und gut: Uns lassen diese ganzen Machenschaften kalt, die wir bedauern, weil sie der Partei schaden. Unsere Antwort jedoch es sehr einfach: Wenn man im Moment eine breite Diskussion für nicht angebracht hält, so haben wir keine Einwände dagegen vorzubringen und werden weiterhin den jetzigen Führern Folge leisten. Wenn man aber weiterhin auf einer anderen Auffassung der Partei bestehen will, dann gibt es kein anderes Mittel, als eine breite geordnete Diskussion anzuberaumen, bei der für alle Parteimitglieder die gleichen Maßstäbe anzulegen wären und uns der Raum gelassen werden müsste, unsere Argumente und Folgerungen darzulegen. Gegen den Versuch, den III. Parteitag in derselben Art und Weise wie die Regionalkonferenzen zu organisieren, wären wir jedoch machtlos.⁴

Nach dieser Litanei noch einige Anmerkungen zu unserer Haltung hinsichtlich der aktuellen politischen Aktionen der Partei.

Man kann den möglichen Übergang vom faschistischen Regime oder besser der faschistischen Regierung zu einer bürgerlich-demokratischen Regierung so oder so auffassen: Als einen Schritt nach vorn, der die Aktionsmöglichkeiten des Proletariats erweitert, oder als einen Schritt nach vorn, um die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu konservieren, für die die gestern noch unverzichtbare faschistische Regierungsmethode jetzt gewisse Gefahren birgt. Die erste Sichtweise ist sozialdemokratisch, die zweite kommunistisch. Die von den Oppositionsparteien begehrte Demokratie ist bloß ein Mittel, um die Waffe der Klassengewalt und -reaktion unversehrt zu bewahren.

Folgerichtig muss unsere Partei Faschismus und Opposition gleichermaßen bekämpfen und die doppelte Erfahrung, die das italienische Proletariat mit der politischen Demokratie (was die Verantwortlichen der Unitaristen und Maximalisten hierzu einschließt) und mit dem bürgerlichen Faschismus gemacht hat, fortschreitend in eine politische Haltung und schließlich in eine selbständige revolutionäre Aktion umsetzen. Die Partei tat schlecht daran, dem Oppositionsblock beizutreten und ihn dann nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern unter spitzfindigen formellen Vorwänden wieder zu verlassen: Sie hätte vielmehr den Rückzug auf den Aventin als eine von Standesverteidigung und Standesdünkel diktierte Handlung der Abgeordneten lächerlich machen müssen.⁵ Der Auszug aus dem Parlament in jenen Tagen, in denen es

³ „Der neue Kurs“, Brief an Parteiversammlungen vom 8. Dezember 1923: Trotzki Schriften 3.1, 209-314.

⁴ Was sich dann beim III. Parteitag der KPI im Januar 1926 in Lyon bestätigte.

⁵ Nach der Entführung am 10.6.1924 des sozialdemokratischen Abgeordneten Matteotti durch die Faschisten verließen die demokratischen Parteien und auch die KPI das Parlament und zogen sich „auf den Aventin“ zurück. Auf Druck der linken Mehrheit innerhalb der KPI kehrte die kommunistische Fraktion am 18.6. wieder in das Parlament zurück. Den mehrmals vorgebrachten Vorschlag, den Generalstreik auszurufen, lehnte das bürgerliche Aventin-Komitee ab, übrig blieb eine 10-minütige Arbeitsniederlegung am 27.6. Trotz dieser Erfahrungen wurde die schwan-

möglich schien, die Losung des Generalstreiks auszugeben, ist dagegen wiederum eine Sache, die man als richtig ansehen konnte. Man durfte aber auf keinen Fall unsere Haltung von der der Opposition abhängig machen, nachdem sich die Durchführung des Generalstreiks als nicht möglich erwiesen hatte. Dass es nicht darum ging, gegen den Faschismus die bürgerliche Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und genauso wenig um die berühmte, über den Klassen und Parteien stehende Kultur und Moral, sondern dass es um die revolutionäre Frage ging, die das Proletariat der bürgerlichen Legalität wie Illegalität entgegensetzt, hätte während des Sommers, statt in ein paar seelenlosen Artikeln, mit Nachdruck betont werden müssen, indem man nämlich erklärt hätte, niemals mit der Opposition zusammenzugehen, und indem man erklärt hätte, ins Parlament zu gehen, um dort für die Vorbereitung zur antifaschistischen Klassenaktion zu agitieren. Nach der Wiedereröffnung des Parlaments hätte die Partei reingehen sollen, und zwar ohne den Oppositionsparteien oder auch den Sozialisten irgendwelche Vorschläge zu unterbreiten. Für diese Taktik sprechen dieselben Gründe, aus denen heraus wir, die kommunistischen Wahlboykottisten, sofort die Teilnahme an den Wahlen vom 6. April 1924 befürworteten, um die schändlichen Wahlen á la Nitti zu durchkreuzen.⁶ Denn ein Boykott des Parlaments, der sich mit dem verfassungsmäßigen und legalistischen Boykott der Oppositionsparteien vermengt, verliert jeden revolutionären Sinn und widerspricht unseren Prinzipien, folgerichtig auch der richtigen revolutionären Vorbereitung der Massen.

Es war töricht, dem faschistischen Parlament ein Gegenparlament entgegenzustellen, das der „natürliche Ausdruck“ der bürgerlichen Macht sein sollte. Eben das hätte man klarstellen müssen, vor allem, um die demokratische Seuche zu bekämpfen, die auf dem Konsens, und nicht, wie der Faschismus, auf Zwang gegründet sein will. Trotz des Schadens, den die Parteitaktik durch die Fehler genommen hat, trotz des bisherigen Unheils, das angerichtet worden ist, weil ein Geheimnis aus der Taktik gemacht wurde und sie aus überraschenden Wendungen bestand, als wäre das Ziel nicht die systematische revolutionäre Vorbereitung der Massen, sondern die übliche Effekthascherei der politischen Führer der parlamentarischen und journalistischen römischen Welt, trotz all dem muss man heute ins Parlament gehen und dort die Opposition frontal angreifen, ebenso wie die faschistische Regierung offen und deutlich zu attackieren ist. Aus der Absicht, die bürgerliche Ordnung stürzen zu wollen, ohne damit zu behaupten, die Stunde des Aufstands sei bereits gekommen, darf kein Hehl gemacht werden.

Ich glaube, es ist richtig, auf unseren Forderungen zu bestehen, auch wenn ich weiß, dass sie von der KI nie akzeptiert werden; deren Taktik hat leider gelitten, nicht nur, weil sie gegenüber dem Faschismus schwach agiert, sondern mehr noch, weil sie einen deutlichen, wenn auch verhüllten Hang zur Politik der linken Bourgeoisie aufweist. Notwendig ist, dass wir eine klare Position einnehmen, denn es besteht die Möglichkeit, dass die Beschlüsse der Parteizentrale Unzufriedenheit und Widerstand hervorrufen, was übrigens nicht zwangsläufig im revolutionären Sinne der Fall sein muss.

Entschuldigt die sprunghafte Form dieser Ausführungen und viele Grüße.

Quellen:

„Lettera ai compagni della Sinistra“: Istituto Gramsci (Archivio del Partito Comunista Italiano – APC), Roma, 1924. „La sinistra comunista e il comitato d’intesa“, Turin 1996.

* * *

TS 3.1: Trotzki – Linke Opposition und IV. Internationale (1923-26), 1998.

kende Linie der KPI fortgesetzt, indem erneut Appelle an die bürgerliche Opposition gerichtet wurden, mit dem Tenor, „dem Aventin den Charakter eines wirklichen Parlaments zu verleihen“.

⁶ Nitti, Francesco S. (1868-1953): Ministerpräsident 1919-20. Da die faschistische Wahlrechtsreform für die Liste, die eine relative Mehrheit von 25% der Stimmen erreichen würde, zwei Drittel der Mandate (356 von 535) vorsah, heißt *à la Nitti* hier soviel wie: nicht auf das *machtsichernde* formalistische Verfahren hereinzufallen (und womöglich die Wahlen zu boykottieren). Bei den Parlamentswahlen erhielt die *lista nazionale* der Faschisten und Rechtsliberalen dann die 356 Mandate, bei einer Wahlbeteiligung von 64%; alle anderen Parteien kamen auf 147 Mandate.